



Antwort zur Anfrage Nr. 0504/2022 der Stadtratsfraktion PIRATEN & VOLT betreffend
Winterhafen - Jugend- & Bürger*innenbeteiligung (Piraten & Volt)

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

1. **Wer war Teil des „runden Tisches“ zum Thema „Winterhafen“?**
2. **Wie wurde entschieden, wer an diesem „runden Tisch“ teilnimmt?**
3. **Wurde über den „runden Tisch“ hinaus von Seiten der Verwaltung versucht, mit jungen Menschen ins Gespräch zu kommen und sie in die Problemlösung mit einzubeziehen?**
4. **Falls nein, weshalb nicht?**

Teil des runden Tisches zum Thema Winterhafen waren Vertreter:innen der Verwaltung z.B. aus den Ämtern 10, 30, 31, 51, dem Entsorgungsbetrieb, sowie der Polizei. Weiterhin waren Anwohner:innen und Gewerbetreibende aus dem Bereich Winterhafen vertreten. Beim letzten runden Tisch – der auf Einladung der Verwaltung erfolgte – war auch der Ortsvorsteher der Mainzer Altstadt anwesend. Der runde Tisch Winterhafen ging ursprünglich zurück auf eine private Initiative eines am Winterhafen ansässigen Hotelbetriebs. Die sich am Winterhafen treffenden „jungen Menschen“ sind nicht organisiert; es gibt keine Sprecherin oder Sprecher der „jungen Menschen vom Winterhafen“, welche zum runden Tisch hätten eingeladen werden können. Vielmehr kann festgestellt werden, dass es sich um wechselnde Besetzungen der sich im Bereich des Winterhafens aufhaltenden Menschen handelt. Unabhängig davon war und ist die Verwaltung in den letzten Jahren u.a. mit Grillscouts, Coronascouts, Mitarbeiter:innen des Jugendamtes und des Ordnungsamtes sehr regelmäßig vor Ort gewesen und hat immer wieder mit den dort anwesenden Personen gesprochen. Hierbei wurden zahlreiche Gespräche mit den direkt vor Ort anwesenden Personen geführt und diese wurden auf ihr ggfs. ruhestörendes Verhalten hingewiesen, bevor etwaige Maßnahmen getroffen wurden. Auch in den Medien wurde in den letzten Jahren wiederholt und vertieft über das Thema Winterhafen berichtet.

5. **Aus der Beschlussvorlage geht hervor, dass sämtliche Geräte, die zur Erzeugung von Ton fähig sind, auf der Fläche am Winterhafen verboten sind – somit auch Smartphones. Plant die Verwaltung, mit dem Vollzugsdienst den Einsatz von mobilen Endgeräten wie Smartphones zu sanktionieren?**

Nein.

6. **Falls nein, weshalb nicht?**

Smartphones sind weiterentwickelte Fernsprengeräte, die vornehmlich für den Zweck des Telefonierens gedacht sind. Mit dieser Handlung kann durch das Anwählen einer sog. Ruf-

nummer der direkte Kontakt mit einer Person, die sich über eine höhere Entfernung hinweg an einem anderen Ort befindet, hergestellt werden (Anruf). So kann beispielsweise das Herbeirufen eines Taxis per Anruf erfolgen. Die Verwaltung wird daher selbstverständlich nicht den Betrieb von Smartphones zum Telefonieren unterbinden.

7. Welche Maßnahmen plant die Verwaltung, um Jugendbeteiligung in ähnlichen Fällen in Zukunft zu verbessern?

Das Amt für Jugend und Familie hat seit Anfang dieses Jahres die Koordinierungsstelle "Kinder- und Jugendbeteiligung in Mainz" besetzt. Unter der Federführung der Stelleninhaberin wird derzeit ein stadtweites Jugendbeteiligungsmodell unter Mitwirkung der Steuerungsgruppe Kinder- und Jugendbeteiligung Mainz, den Fachkräften der Kinder- und Jugendarbeit, Mitarbeiter:innen der Verwaltung sowie Jugendlichen entwickelt. In diesem Rahmen werden Jugendliche zukünftig an Themen, die sie betreffen, beteiligt werden.

Mainz, 06.04.2022

gez.

Manuela Matz
Beigeordnete

